



## Grundsatzklärung

Der ALSO-Konzern ist ein börsennotiertes Unternehmen und führender Technologieanbieter für die ITK-Branche, derzeit in 30 Ländern in Europa und über PaaS-Partner in insgesamt 144 Ländern weltweit tätig. Als eine Kette im Glied globaler Warenströme verpflichten wir uns zu verantwortungsvollen Geschäftspraktiken und der Wahrung und Stärkung der Menschenrechte. Diese Grundsatzklärung erläutert die Haltung und definiert die Anforderungen an die Sorgfaltspflichten innerhalb des Unternehmens und in der Zusammenarbeit mit unseren Geschäftspartnern.

Wir sind Unterzeichner des UN Global Compact. Als solcher unterstützt ALSO die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte vollumfänglich und erwartet auch von seinen Geschäftspartnern und Lieferanten die Einhaltung der Menschenrechte, einschließlich der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), bei der Ausübung ihrer Geschäftstätigkeit. ALSO hält sich an die geltenden Gesetze und Sanktionen und tätigt keine Geschäfte, die diesen Anforderungen nicht entsprechen.

Ziel dieser Grundsatzklärung ist es, unsere menschenrechtliche Sorgfaltspflicht im Rahmen unserer Möglichkeiten voranzutreiben. Alle Formen missbräuchlicher Kinder-, Zwangs- und Sklavenarbeit sind inakzeptabel. Die ILO-Konventionen und alle anderen Vorschriften zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in der Arbeitswelt sind zwingend einzuhalten. ALSO fördert das Recht auf faire Arbeitsbedingungen, Gleichbehandlung und Initiativen, die jeglicher Art von Diskriminierung Einhalt gebieten.

ALSO erwartet von seinen Lieferanten und Geschäftspartnern, dass sie die Menschenrechte respektieren und das Recht auf Nahrung, Wasser, Gesundheit und andere wichtige Bestimmungen der zentralen Menschenrechtsvereinbarungen, die auch die Grundlage der UN-Leitprinzipien bilden, nicht verletzen.

Wir sind uns bewusst, dass viele der von uns vertriebenen Elektronikprodukte Konfliktminerale enthalten, d. h. Zinn, Tantal, Wolfram und Gold. Sie stellen eine Finanzierungsquelle für Kriegsherren in Konflikt- und Hochrisikogebieten dar und schüren weitere Gewalt. ALSO sucht aktiv den Dialog mit seinen Herstellern um sicherzustellen, dass sie für dieses Problem sensibilisiert sind. Wir ermutigen sie aktiv, Konfliktminerale auf nachhaltige Weise zu beschaffen.

Im Rahmen der Risikoanalyse haben wir ein Verfahren eingeführt, mit dem wir die verantwortungsvolle Unternehmensführung unserer Lieferanten analysieren, bewerten und dadurch auch potenzielle und tatsächliche Menschenrechts- oder Umweltverstöße sowohl in unseren eigenen Geschäftsbetrieben als auch bei unseren Zulieferern identifizieren.

Sollten wir feststellen, dass unsere Geschäftsaktivitäten oder die unserer Zulieferer negative Auswirkungen auf die Menschenrechte oder die Umwelt haben, suchen wir nach geeigneten Maßnahmen, um diese negativen Auswirkungen zu korrigieren. Unsere Mitarbeiter sind aufgefordert, Verstöße gegen die Menschenrechte oder gegen diese Erklärung über unseren Ombudsmann, einen unabhängigen Rechtsanwalt, zu melden. Seine Kontaktdaten sind auf unserer Website frei zugänglich. Partner, ebenso wie Dritte können potenzielle oder tatsächliche Verstöße über denselben Kanal melden.

Die Verantwortung für die Umsetzung dieser Grundsatzerklärung liegt beim CEO, der vom SVP Sustainable Change, den Länder-CCOs und den für die Unternehmensfunktionen zuständigen SVPs unterstützt wird. Dadurch stellen wir sicher, dass sich jeder Bereich unseres Unternehmens seiner Verantwortung für die Achtung der Menschenrechte und deren Umsetzung bewusst ist und diese auch täglich lebt. Die Abteilung für Sustainable Change ist für die kontinuierliche Verwaltung und Überwachung der Menschenrechtspolitik zuständig. Sie koordiniert die Aktivitäten, setzt Prioritäten und leitet die unternehmensweiten Bemühungen von ALSO zur Einhaltung der Menschenrechte.

Der ALSO-Konzern unterstützt das Gebot der Transparenz, weshalb wir weiterhin in unserem Nachhaltigkeitsbericht über unsere Bemühungen berichten werden. Zudem sensibilisieren wir unsere Stakeholder und die Öffentlichkeit für die Einhaltung der Sorgfaltspflichten und informieren sie über dieses Engagement.